

An dieser Stelle erfolgte auch die Beratung zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt 7.1.2.

Vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung zu den Kosten von Kunstrasenplätzen führte Herr Lübken aus, dass diese nach den individuellen örtlichen Verhältnisse differenziert ermittelt werden müssen. Neben dem Kunstrasenbelag müssten Komponenten wie Kunststoffbelag, Qualität und Dicke der Tragschicht, Beregnungs- und Beleuchtungsanlagen, Drainagen, Nebeneinrichtungen, Bauneben- und Planungskosten betrachtet werden. Kosten von Kunstrasenplätzen in benachbarten Kommunen sowie Kostenschätzungen von Vereinen könnten daher zu Vergleichszwecken nicht herangezogen werden.

Im Rahmen einer kommenden Ausschreibung sollen auch Alternativangebote zur Frage der Beschaffenheit der Kunstrasenfasern und zur jeweiligen Verfüllung zugelassen werden. Erst nach einer Ausschreibung können verbindliche Kostenaussagen getroffen werden.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung bewege sich im Rahmen des investiv Machbaren sowie auf Basis der einstimmig beschlossenen Empfehlungen der Deutschen Sporthochschule Köln und des Stadtsportverbandes.

Herr Knülle hielt entgegen, dass die Situation der Stadt heute besser sei, wenn dem damaligen Antrag der SPD-Fraktion (Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II für die Errichtung von Kunstrasenplätzen), Drucksachen-Nr. 09/0255, zugestimmt worden wäre. Die Antragstellung sei vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Scheiterns des ÖPP-Verfahrens und der städtischen Haushaltslage erfolgt. Er mahnte die Zusagen der CDU-Fraktion und des Bürgermeisters an, bei Scheitern des ÖPP-Verfahrens ausreichende Mittel für den Bau von Kunstrasenplätzen in den Haushalt einzustellen. Statt dessen sollen nunmehr über einen Zeitraum von mehreren Jahren Kunstrasenplätze errichtet werden. Der Sportplatz im Zentrum werde dabei außer Acht gelassen. Das Verschieben der Sportplatzsanierungen in Buisdorf und Birlinghoven werde kritisch gesehen.

Die Sportvereine hätten gegenüber der SPD-Fraktion eine andere Einschätzung vertreten als der Stadtsportbund.

Es müssten Kapazitäten erweitert und die Vereinsentwicklung gefördert werden, um zu verhindern, dass Talente aus Sportvereinen in benachbarte Vereine abwandern. Auch die Gesundheit der Sportler sei zu berücksichtigen. Die Investition sei sozialpolitisch wichtig. Sport sei Präventionsarbeit, die in der Stadt zu wenig geleistet werde.

Durch eine gemeinschaftliche Ausschreibung – wie im Antrag seiner Fraktion beschrieben – könnten Synergieeffekte bezogen auf die Kosten und den Zeitpunkt der Umsetzung erzielt werden. Auf lange Sicht seien zudem Einsparungen im Bereich der Unterhaltung zu erzielen.

Er sehe es als nicht möglich an, die Vereine an den Baukosten zu beteiligen.

Frau Jung bezeichnete einen Vorwurf an die Verwaltung wegen Untätigkeit vor dem Hintergrund der gemachten Anstrengungen zum Gelingen eines ÖPP-Verfahrens als Unwahrheit. Die Festlegung der Prioritätenliste zur Sanierung von Sportstätten sei mit Zustimmung der SPD-Fraktion erfolgt. Es liege auf der Hand, dass der jetzt eingebrachte Antrag der SPD-Fraktion nicht zu finanzieren sei. Das jetzt seitens der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren entspreche den Vorschlägen der Sportkommission.

Hinsichtlich der Mittel aus dem Konjunkturpaket II verteidigte sie die getroffene Entscheidung für die Umsetzung energetischer Maßnahmen. Hiermit könnten Einsparpotentiale generiert und andere Projekte finanziert werden.

Auf Nachfrage von Frau Jung teilte Herr Lübken mit, dass bei günstigen

Ausschreibungsergebnissen zusätzliche Spielräume ermöglicht werden könnten. Die im Rahmen des ÖPP-Projektes erstellte Leistungsbeschreibung sei Grundlage des Leistungsverzeichnisses. Im Rahmen der Auftragsvergabe erfolge eine Einbindung der politischen Gremien. Der Bürgermeister ergänzte, dass eine finanzielle Beteiligung der Vereine bei günstigem Ausschreibungsergebnis und entsprechender Beschlussfassung des Rates entfallen könnte.

Für die CDU-Fraktion hielt Herr Schell an der Entscheidung für die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II fest und schloss sich den Ausführungen von Frau Jung hierzu an. Er stellte klar, dass ein gleichzeitiger Bau von Kunstrasenplätzen organisatorisch nicht möglich sei. Vor diesem Hintergrund könnten seriöse Ergebnisse bei einer gemeinsamen Ausschreibung für alle geplanten Plätze nicht erwartet werden.

Herr Metz rekapitulierte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das bisherige Vorgehen und Einbeziehung des geplanten ÖPP-Verfahrens. Dieses Verfahren habe der Rat einvernehmlich beschlossen. Er sehe die Verantwortung für das Scheitern des ÖPP-Projektes in den haushaltsrechtlichen Vorschriften der Landesregierung. Auch er betonte die Richtigkeit der Entscheidung der Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II. Die wichtige Funktion der Vereine werde nicht in Abrede gestellt. Das jetzt angestrebte Projekt sei in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation hervorzuheben. Im Rahmen des weiteren Verfahrens sollte für den Bereich des Zentrums sowie der Ortsteile Birlinghoven und Buisdorf nach Alternativen gesucht werden.

Herr Köhler vertrat für die Fraktion AUFBRUCH! die Auffassung, das Scheitern des ÖPP-Projektes sei nicht nur der Landesregierung zu verdanken. ÖPP habe auch die Wirtschaftlichkeit nicht nachweisen können. Zweifel an der Wirtschaftlichkeit habe er bereits zu Beginn des Verfahrens vorgetragen. Er halte den jetzt vorgelegten Verwaltungsvorschlag für vertretbar. Bei einer umfangreichen Einbeziehung der Sportvereine in die Beratungen hätte jedoch viel Kritik erspart werden können. Eine Vertretung des Stadtverbandes in der Sportkommission sei nicht ausreichend.

Im Hinblick auf die Einlassungen der FDP- und CDU-Fraktion teilte Herr Knülle mit, die SPD-Fraktion habe den zweiten Anlauf des ÖPP-Verfahrens zwar mitgetragen, aber dennoch höchste Bedenken geäußert. Eine Mittelverwendung aus dem Konjunkturpaket II für die Sportstätten sei zum damaligen Zeitpunkt als sinnvoller erachtet und daher beantragt worden. Energetische Maßnahmen seien sinnvoll, gerade in der jetzigen Haushaltssituation sei es jedoch deutlich einfacher, diese aus Haushaltsmitteln vorzunehmen.

Herr Schmitz-Porten bat darum, künftig in Verwaltungsvorlagen gesicherte Kosten anzugeben.

Frau Borowski bat darum, die Sanierung der Sportplätze in Birlinghoven und Buisdorf nicht zu verschieben. Herr Bernhard Müller hielt entgegen, dass entsprechend dem Gutachten der Sporthochschule der Sportplatz in Buisdorf am besten erhalten sei.

Im Namen der SPD-Fraktion beantragte anschließend Herr Waldästl namentliche Abstimmung über den Antrag.

Diese nahm der Bürgermeister anschließend vor.